

Ignazio Cassis

Die Rolle der Gesundheitspolitik

Für Qualität, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung im regulierten Wettbewerb

Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen und die limitierten finanziellen Mittel zwingen Politik und Gesellschaft, gemeinsam Lösungen für komplexe Problemstellungen zu finden. Dazu ist es wichtig, dass sich die Politiker und Gesundheitsfachleute gegenseitig verstehen und die Entscheidungsprozesse nachvollziehen können.



Ignazio Cassis

Wie entsteht die Gesundheitspolitik einer politischen Partei? Meist kommt der Parteivorstand zur Überzeugung, dass aus strategischen Gründen die Parteipolitik in einem bestimmten Bereich angepasst werden sollte. «Strategisch» bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich die Partei neu positionieren muss, weil der Druck aus der Bevölkerung steigt und dementsprechend neue Wähler zu gewinnen sind oder aber, weil andere Parteien sich bereits in einem bestimmten Themenkreis profilieren.

Ist der Entscheid einer Neupositionierung gefällt, wird eine Fachkommission damit beauftragt, ein entsprechendes Strategiepapier zu erarbeiten beziehungsweise ein bestehendes zu aktualisieren. Dieses Gremium setzt sich aus Experten mit einer ausgewogenen regionalen und sprachlichen Verteilung zusammen. Die Kommission arbeitet unter der Leitung eines Politikers mit anerkannter Führungsfähigkeit und einem Ausschuss. Ist die Arbeit abgeschlossen, werden die Ergebnisse und die daraus resultierenden Forderungen dem Vorstand präsentiert. Dieser entscheidet dann grundsätzlich über das Strategiepapier und verabschiedet eine Version, die der Delegiertenversammlung (DV) unterbreitet wird. Die Forderungen müssen dabei möglichst konkret sein, mit den Parteiwerten übereinstimmen und der Profilierung der Partei dienen. Nach dem Entscheid der DV ist die Strategie für die Partei bindend.

Wie sieht ein Strategiepapier aus?

Die *FDP.Die Liberalen* geht in ihrem Strategiepapier «Gesundheitsland Schweiz» von einer Prämisse aus: «Die nötigen, schwierigen Entscheide erfordern eine Grundsatze debatte. Diese darf sich weder von Blockaden im Parlament beirren noch einzig zu kurzfristigen Massnahmen zur Kostendämpfung verleiten lassen. Die Gesundheits-

politik braucht eine klare und langfristige Strategie – mit mehr Eigenverantwortung, Wettbewerb und echter Solidarität. Ein alleiniger Blick auf die kurzfristige Kostenentwicklung wäre gefährlich. Bereits in den vergangenen Jahren konnten immer strengere Regeln die Kostenexplosion kaum dämpfen.» Für die Partei muss sich die Grundsatzdiskussion an folgenden Zielen orientieren:

Gesundheitspolitisches Ziel

- Zugang zum medizinischen Fortschritt für alle.
- Zugang zur Qualitätsmedizin, insbesondere bei Grossrisiken.
- Verbesserte Prävention zur Stärkung der Eigenverantwortung.

Finanzpolitisches Ziel

- Dämpfung des durch obligatorische Abgaben (Prämien und Steuern usw.) finanzierten Anstiegs der Gesundheitskosten.
- Steigerung der Effizienz der Leistungserbringung, d.h. Innovation, Transparenz zu Kosten und Qualität, Beseitigung von Fehlanreizen.

Volkswirtschaftliches Ziel

- Stärkung der Wachstumsbranche «Gesundheit» durch Anreize für Innovation und rasche Einführung moderner Technologien (eHealth).

Diese Ziele sind eine klare Absage an die Forderungen der politischen Konkurrenten:

- Ablehnung der **Aufhebung des Krankenkassenobligatoriums** samt Prämienverbilligungen für wirtschaftlich Bedürftige. Das Obligatorium verhindert, dass Personen aus kurzfristigem Kalkül oder wirtschaftlichem Zwang auf Versicherungsschutz verzichten und bei Krankheit ihre Kosten auf die Allgemeinheit überwälzen.
- **Keine Rationierung** von Gesundheitsleistungen, solange das Gesundheitssystem dank weniger Fehlanreize, Behandlungsfehler und mehr Eigenverantwortung effizienter gestaltet werden kann.
- **Keine weitere Verstaatlichung** des Gesundheitswesens. Im Ausland hat die Planwirtschaft zu Qualitätseinbussen, zu Wartezeiten und zur verzögerten Einführung neuer Therapien statt Kosteneinsparungen geführt.

FDP.Die Liberalen schlägt somit den Weg des regulierten Wettbewerbs ein, d.h. des echten Wettbewerbs und nicht des unproduktiven Wettstreits zwischen Eigeninteressen und Fehlanreizen. Wer den Patienten möglichst effizient, d.h. qualitativ gut und kostenmässig günstig, behandelt,

wird heute schlecht belohnt. Künftig soll es sich aber auch für solche Anbieter lohnen, Leistungen zu erbringen. Deshalb stellt die FDP zwei Kernforderungen auf:

- Der Patient hat Anspruch darauf, die Behandlungsqualität der Leistungserbringer zu kennen. Als ersten Schritt wissen die Bürger spätestens ab 2012, welches Spital, welche Qualität bei welcher Krankheit liefert.
- Versicherer sollen an einer guten und raschen Behandlung und Genesung der Patienten verdienen, nicht am Abschieben kranker bzw. Anziehen gesunder Mitmenschen. Dafür wird der Risikoausgleich auf 2012 durch Krankheitsgruppen ergänzt. Versicherer werden sich so auf Krankheiten spezialisieren, Prävention und Beratung anbieten und ihre Leistungsausweise veröffentlichen. So dient der Kassenwettbewerb auch dem Patienten.

Diese Massnahmen helfen dem Patienten, dem Steuerzahler und der Volkswirtschaft. Denn die effizienteste Kostendämpfung ist, wenn die Versicherten gesund bleiben, nach einer Operation rascher an die Arbeit zurückkehren und wenn chronisch Kranke länger zu Hause leben können. Weniger Krankheitsabsenzen sind für Unternehmen ebenso wichtig wie für die Volkswirtschaft. Ein gutes Gesundheitswesen ist eine Investition, die längeres Arbeiten ermöglicht.

Die gesundheitspolitischen Forderungen der FDP

- 1 **Qualität**, Transparenz, Rating-Agentur und entsprechende Honorierung.
- 2 **Managed Care** mit Budgetmitverantwortung und finanzielle Anreize für Versicherte.
- 3 **Vertragsfreiheit** ohne willkürlichen Ausschluss von Leistungserbringern durch die Versicherer. Aufhebung des Ärztestopps.
- 4 **Abschaffung der Spitalisten** ab 2016. Unabhängig ihrer Eigentümerstruktur gilt für Spitäler Qualitäts- und Kostenwettbewerb, Überkapazitäten werden abgebaut.
- 5 Der **Risikoausgleich** ist auf 2012 durch zusätzliche Indikatoren zu ergänzen. Ein staatlicher Hochrisikopool wird abgelehnt.
- 6 **Preisverhandlungsverbot** zwischen Branchenverbänden (santésuisse, FMH).
- 7 **Keine Einheitskasse.**
- 8 **Monismus** auch für Spitäler ab 2013.
- 9 Das **elektronische Patientendossier** ist rasch und unkompliziert einzuführen.
- 10 Die Zahl der universitären **Studienplätze** für das Arztstudium wird erhöht, ebenfalls für die Pflegeberufe.
- 11 **Prävention** gezielt und effizient fördern.

Neben einer intakten Natur, überdurchschnittlicher Infrastruktur und Sicherheit wird eine hervorragende Gesundheitsversorgung die Schweiz noch attraktiver machen. Namentlich Spitäler können von dieser Chance profitieren und so den notwendigen Abbau von Überkapazitäten auffangen, in dem sie sich auf ausländische Patienten fokussieren.

Stärken und Schwächen

Die Struktur eines solchen Papiers hat keinen akademischen Anspruch – Redundanzen und Lücken gehören dazu. Und: Je breiter die Suche nach dem Konsens, desto zahlreicher die Änderungen und desto unlogischer die Struktur. Die Umsetzungsmöglichkeit der Forderungen hat dabei nicht immer höchste Priorität. Oftmals ist eine Forderung ideologisch geprägt und man kümmert sich nicht primär um deren Umsetzungsmöglichkeit. Auch die Machbarkeit der Forderungen auf kantonaler Ebene ist selten eine Sorge, vor allem, wenn kantonale Exekutivpolitiker am Entstehungsprozess nicht teilnehmen. Auch die politische Akzeptanz der Bevölkerung ist nicht das primäre Ziel: vielmehr sollen die Forderungen den Erwartungen der Parteibasis entsprechen. Die Stärke eines Strategiepapiers ist vor allem die Förderung des Innenlebens einer Partei. Denn damit werden Diskussionen angeregt, interne Bewegungen initiiert und eine politische Kultur geschaffen, die für das Parteileben unentbehrlich ist. Zusätzlich verbessert die Erarbeitung eines strategischen Papiers die Fachkompetenz in den Parteien.

Schlussfolgerungen

Der ungebrochene Kostenanstieg im Gesundheitswesen und die beschränkten Finanzmittel werden in den kommenden Jahren Politik und Gesellschaft zur Lösung einer sehr komplexen Fragestellung zwingen. Die politischen Parteien spielen dabei eine zentrale Rolle. Da die Logik der Politik nicht derjenigen der Medizin (oder Public Health) entspricht, braucht es Schnittstellen, damit sich diese zwei Welten verstehen. Es braucht also Personen, die als Übersetzer dienen, beide Welten kennen und in beiden Welten über ein genügendes Vertrauen verfügen. Erst dann kann man kommunizieren, sich verstehen und Lösungen finden.

Korrespondenz:

Dr. med. Ignazio Cassis, MPH, Nationalrat
Via del Lucchini 14
6926 Montagnola
ignazio.cassis@parl.ch